

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Geschäftsstellen, Fernsprecher 3, entgegen.  
In Fällen höher Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Versicherung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernsprecher-Anschluß Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 3 Goldpfennig, für ansehnlich größere 10 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umgehender, Schmierer und Inhaberausgabe mit Aufschlag.  
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 125.

Donnerstag, den 20. Oktober 1927.

30. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Am Reichstage befähigte der Abg. Kuntel (D. Sp.), daß die beiden völksparteilichen Minister im Reichstabinett sich ihre Stellung gegenüber vorkonferieren hätten.

\* Eine neue Verhandlung der preussischen Staatsregierung macht die Teilnahme von Abgeordneten an öffentlichen Veranstaltungen von einer würdigen Hervorhebung der Reichsfarben abhängig.

Am Donnerstag begannen in Berlin Schlichtungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik, aber auch keine Förderung erfolgte. Die Stärke der fremden Besatzung im Rheinland wird vorläufig noch immer 60 000 Mann bleiben.

## Wiedereröffnung des Reichstages.

(339. Sitzung.) CB. Berlin, 18. Oktober.  
Am heutigen Morgen hat sich der Reichstag in Berlin wieder eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Die Regierung brachte ihren Reichsschulgesetzentwurf, der im Wesentlichen keine Veränderung wegen abzuwarten ist, sondern nur eine Umarbeitung des Reichsschulgesetzes darstellt, vor. Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

Der Reichstag hat sich am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden. Die Verhandlungen des Reichstages sind am 18. Oktober um 10 Uhr 15 Minuten eröffnet worden.

## Reichstagsdebatten über das Schulgesetz

Wichtige völksparteiliche Erklärung.

Der zweite Tag der Ausschnittergebnisse über die Schulgesetzvorlage der Reichsregierung brachte eine Erklärung des völksparteilichen Abgeordneten Kuntel, die besagt, daß im Reichstabinett tatsächlich die beiden völksparteilichen Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius sich ihre Stellung zu einzelnen Punkten der Vorlage vorbehalten hätten, ebenso ihre endgültige Stellungnahme bei der Beratung des Gesetzes. Die Deutsche Volkspartei erkennt den Entwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, steht aber frei in ihren Entschlüssen zu etwaigen Abänderungen.

Am Dienstag hatte schon ein demokratischer Redner diese nun offiziell befähigte Sachlage angebeutet.

**Sitzungsbericht.**  
(340. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Oktober.

Nach Abbruch der Schuldebatte nahm der Reichstag Dienstag noch in allen drei Lesungen den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über Grenzregulierungen, das Antiterrorabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien, das Übereinkommen und das Statut über die internationale Niederschreibung der Eisenbahnen und das Antiterrorabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien an. Ferner wurde die erste Lesung des Abkommens zwischen Deutschland und Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Städte der Warthe und der Reichert auf dieser Sitzung erledigt.

Der Reichstag setzte heute die erste Lesung des Reichsschulgesetzes fort.

Abg. Kuntel (D. Sp.) betonte zunächst, ehe er auf den Entwurf selbst einging, müsse er im Anschluß an die gestrige Ausführungen des Reichsministers v. Weizsäcker im Namen seiner politischen Freunde eine Erklärung abgeben.

**Die Stellung der Volkspartei.**

Abg. Kuntel stellte fest, daß die völksparteilichen Minister im Reichstabinett ausdrücklich bezüglich einiger Punkte ihre Stellung sich vorbehalten und diesen Vorbehalt mit Einverständnis der übrigen Minister in der Öffentlichkeit bekanntgemacht hätten. Darüber hinaus hätten die beiden völksparteilichen Minister die Stellung ihrer Fraktion bezüglich des ganzen Gesetzesentwurfes ausdrücklich vorbehalten. Die Fraktion erkenne den Gesetzesentwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sei aber in der Stellung von Abänderungsvorschlägen und somit in ihrer Stellungnahme zur endgültigen Verabschiedung des Entwurfes völlig frei.

Die Fraktion der Volkspartei sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Reichsminister die verfassungsmäßige Stellung gegeben werde. Es dürfte kaum einem Widerspruch begegnen, so erklärte der Redner weiter, daß die für alle gemeinsamen Grundgedanken nach der Beratung die Volkspartei ist und daß diese Volkspartei der alten Simultanfakultät gleich sei und eine Vorkursstellung haben solle. Sie soll alle Rechte behalten. Theoretisch wird in dem Entwurf diese Vorkursstellung anerkannt, die praktische Ausführung macht diese Anerkennung jedoch wieder zunichte. In diesem Falle würde der Vorkurs der Verfassungswidrigkeit

einige nicht zu verkennende Berechtigung haben. Die Deutsche Volkspartei fordert daher, daß alle Schulen, die jetzt Gemeindefachschulen seien, auch solche bleiben, und daß alle neuerrichteten Schulen, wenn kein rechtsgültiges Vertragsverfahren auf Einrichtung einer Gemeindefachschule vorliegt, ohne weiteres ebenfalls Gemeindefachschulen sind. Der Zeitpunkt, eine solche Einrichtung zu schaffen, ist zweifellos verpagt. Das Schulkompetenz der Nationalsozialisten habe dies endgültig verpagt. Der Redner fordert weiter den christlichen Charakter der Gemeindefachschule, so wie er in der alten Simultanfakultät festgelegt sei. Die Deutsche Volkspartei beantragt die Beibehaltung des bisherigen Schulzustandes in den Ländern, in denen die Simultanfakultät allgemein anerkannt besteht. Das gelte auch für die Städte der Provinz, in denen die Simultanfakultät besteht. Der Redner lehnt weiter eine Auslegung ab, wonach jede Schulform ein geordneter Schulbetrieb sei.

Die Schaffung von Vorkursfakultäten würde die Zertrümmerung der Schule und einen dauernden Schulzustand in den kleinen Orten zur Folge haben. Zum Schutze der Kirche der Provinz, der ihr jetzt verpagt am Ort der Schaffung der Vorkursfakultäten in der Frage der Einschulung in den Nationalunterricht nicht gangbar sei. Eine Wiederkehr der getrennten Schulform müsse vermieden werden, nicht aus Abneigung gegen die Kirche, sondern um der Kirche willen.

Abg. Frau Bäumer (Dem.) meint, es befände gar kein Zweifel darüber, daß der vorliegende Entwurf verfassungswidrig sei. Auch das Reichsgesetz hätte in zwei Entscheidungsknoten unabweisbar auszusprechen, daß die Gemeindefachschule als Regel zu betrachten sei. Wenn die demokratische Fraktion der Vorkursüberweisung zustimme, dann rufe sie das nun aus Rücksicht auf die Verhältnisse des Reiches. Sie hätte den Entwurf für den Fall angesetzt, und daraus ein Gesetz zur Ausführung der Verfassungsbestimmungen zu schaffen. Die Demokratische Partei werde sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß in allen Ländern, in denen die

Schulform der Simultanfakultät in irgendeiner Form verwirklicht habe, diese Simultanfakultät vor der Abschaffung durch das Gesetz geschützt werde. Auch die Demokratische Partei respektiere ältere Verantwortung für die weltanschauliche Erziehung des eigenen Kindes. Das Gesetz gebe aber der Elternschaft das Recht, durch Mehrheitsentscheidung auch über die Kinder anderer zu entscheiden. Die Rednerin behandelte weiter die Wirkung des Gesetzes auf die Stellung des Lehrers. Wenn die Schule Kampfbühne der Parteien werde, so werde es praktisch das Recht, der unter die unerschütterliche Bestimmung der Eltern einer Kulturpolitik untergeordnet komme. Der Entwurf, erklärte die Rednerin zum Schluß, greife gegenüber dem deutschen Volk, wie es heute ist, zurück auf Form und Ordnung der Vergangenheit.

Abg. Frau Böttcher (Dem.) erklärte, die Forderung des vorliegenden Gesetzesentwurfes zielt auf die Förderung des neuen kapitalistischen Imperialismus ab. Verlangt werden müsse eine Jugendberührung zur revolutionären internationalen Solidarität der Proletariat aller Länder. Von den Kommunisten werde die Streichung der Bestimmungen über den Nationalunterricht in der Vorlesung beantragt werden, so daß in dieser nur die Einheitsfakultät und Weltlichkeit der Schule festgelegt sei.

## Stellung der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Abg. Dr. Becht (Christl. Volksp.) ging auf die Entstehungsgeschichte der Vorlage ein und zog aus dem bisher Gehörten die Folgerung, daß in der Schulfrage allgemeine Verwirrung unter den Parteien herrsche und eine klare Linie nicht zu erkennen sei. Das Komptum der Schulbestimmungen in der Weimarer Verfassung sei deshalb eine so glückliche Lösung, weil sie in jeder Hinsicht einen Mittelweg zwischen ausschließlicher christlicher Erziehung und weltlicher Erziehung darstelle, auch ohne staatlichen Zwang, nur sei unbedingt erforderlich, daß durch ein Schulgesetz allen Staatsbürgern die Möglichkeit einer christlichen Erziehung in der Gemeinschaft sichergestellt werde. Ein Abbau der Simultanfakultäten würde vom Abel sein, denn hier handle es sich um christliche Schulen. Der Redner erklärte zum Schluß, daß seine Fraktion mit der Lösung des Entwurfes einverstanden sei.

Abg. Frau Lang-Brummann (Vaterl. Volksp.) bezeichnete den Entwurf als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen. Er hätte freilich einwandlos sein und auf sich beruhen lassen, wenn er nicht durch den Entwurf der Verfassungswidrigkeit bedingt worden wäre, daß die bestehenden Schulformen rechtlich gesichert werden, daß durch Bestimmungen der Erziehungsberechtigten die Schulform geändert werden kann und daß alle näheren Bestimmungen der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Wer gegen den vorliegenden Entwurf, so meinte die Rednerin schließlich, anführe, daß es das Schicksal des Staates an die Eltern abtritt, der vertritt, daß das Recht der Eltern auf Erziehung der Kinder des Staates und der Gemeinden vorzuziehen sei.

Abg. Schöler (Unser Volksp.) erklärte, es seien bezüglich der Vorlage zum Schulgesetz gebildet worden; bei einigen werden jedoch man den Eindruck gewinnen müssen, als ob es sich um einen Selbstverleugern handele.

Abg. Dietrich-Franke (Nat.-Soz.) hielt den Entwurf für geeignet, die gesunde Entwicklung der deutschen Gemeindefachschule zu fördern. Er bringe in verfeinerter Form eine Vorkursüberwindung der weltlichen Schulform. Ohne wesentliche Änderung sei die Vorlage für die Nationalsozialisten unannehmbar.

Abg. v. Gracze (Soz.) erklärte, seine Freunde würden ihre Entscheidung davon abhängig machen, wie weit durch das Gesetz der Einfluß der christlichen Elternschaft gesichert wird.

## Bauprogramm der Reichsbahn.

Verkehrsverbesserungen im Westen.

Die Fortsetzung von dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, am Anfang seines Besuches im Ruhrgebiet angeknüpften Verkehrsverbesserungen sollen nunmehr baldigst durchgeführt werden. Es ist geplant, die Strecke Köln-Dortmund viergleisig auszubauen, um den notwendigen vermehrten Schnellverkehr zwischen den einzelnen Stationen des Ruhrgebietes durchführen zu können. Am Hinblick auf die im Gange befindliche Ausbreitung des Bergbaues nach Norden hin soll ferner die Nordbayrische Hauptbahn entsprechend eingeleitet werden, damit sie in ausreichendem Maße von Schnellzügen bedient werden kann. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Bergarbeiter der süddeutschen Gebirge an der höchsten Ruhr im dem nächsten Winter zu beschäftigen, ohne daß sie ihren Wohnort an der süddeutschen Ruhr aufgeben brauchen. Die Durchführung des genannten Bauplanes erfordert etwa 30 Millionen Mark, die sich auf die nächsten sechs Jahre verteilen sollen.

## Neuer Flaggenerlaß Preussens.

Teilnahme von Behördenvertretern an Zeremonialfesten. Der Amtliche Preussische Presebericht gibt folgenden Beschluß des preussischen Staatsministeriums bekannt: Das Staatsministerium erachtet es als eine nationale Pflicht und staatspolitische Notwendigkeit, daß bei Zeremonialfesten, an denen Vertreter der Staatsregierung

über der ihr nachgeordneten Behörden teilnehmen, dem Gehalten der Reichsarmee und Reichssteuer durch eine würdige Herbeiführung der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold deutlich Ausdruck verliehen wird.

Es ordnet daher an, daß Vertreter preussischer Staatsbehörden an Beratungen, bei denen Flaggenständer verwendet wird, nur dann teilnehmen dürfen, wenn die Reichsflagge der jeweiligen Stelle gezeigt werden und ihnen überhaupt ein angemessener und würdiger Anteil an dem Flaggenständer eingeräumt wird. Vor der Entscheidung über die Teilnahme der Behördenvertreter ist, soweit nicht die Veranstaltung von einer Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörde selbst vorbereitet wird, festzustellen, ob und inwiefern den Anforderungen dieses Gesetzes genügt ist, und nötigenfalls auf eine entsprechende Ausschmückung in den Reichsfarben hinzuwirken.

Diese Feststellungen und die etwa erforderliche Einwirkung auf die Veranstalter liegen dem Leiter der örtlichen obersten allgemeinen Staatsverwaltungsbehörde ob. Er hat das Ergebnis seiner Feststellungen und Maßnahmen den übrigen beteiligten Behörden mitzuteilen.

### Der Abbau der Rheinlandbesatzung.

Es bleiben noch 60 000 Mann.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete stellen die Abgeordneten Hofmann-Ludwigsbafen (Zt.) und von Erdbrant (Din.) Anfragen nach der angelegten Verminderung der Besatzungstruppenzahl, besonders auch nach der Stärke der Truppen in der Pfalz. Dazu erklärte Staatssekretär Schmidt folgendes: Im Auftrage des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat sich der Reichskommissar zu General Guillaumat nach Mainz begeben, um dort in eingehenden Ausführungen die deutschen Wünsche vorzutragen. Bestimmte Erklärungen sind hierzu nicht abgegeben worden. Es ist ausgefragt worden, die deutschen Wünsche dem französischen Kriegsministerium weiterzugeben. Inzwischen ist dem Generaldelegierten der Reichsvermögensverwaltung eine detaillierte Mitteilung über die Truppenverteilung der Besatzungstruppen am 25. Oktober zugegangen.

Es werden die Truppenkontingente vermindert: der Belgier um etwa 500, der Engländer um etwa 1050 und der Franzosen um etwa 6500 Köpfe. Die weitere Verminderung des französischen Kontingents, also neben der Zurücknahme der Städte und geschlossenen Truppenkörper, soll dadurch erreicht werden, daß einmal die Mannschaften, die seit der letzten Einstellung in Abzug gekommen sind, nicht wieder ersetzt werden, sondern im November weniger Rekruten eingezogen werden und daß die Verwaltungsdienststellen entsprechend der Verminderung der Truppenstärke verkleinert werden. Ingesamt soll die Besatzungsstärke sich künftig für das französische, englische und belgische Kontingent auf 60 000 Mann stellen.

Da die ausgesetzten vollen 10 000 Mann erreicht werden, kann heute noch nicht abschließend gesagt werden. Es liegt indes bisher kein Grund vor, an der lokalen Durchführung der gegebenen Zusagen zu zweifeln. Die Note der Vorkriegsministerkonferenz bildet die Grundlage der Zusagen.

### Streikunruhen in Spanien.

Viele Bombenattentate.

Bei dem Bergarbeiterstreik in Nordspanien ist es zu schweren Unruhen und blutigen Gefechten zwischen den von dem Diktator Primo de Rivera ins Streikgebiet entsandten Truppen und den Bergarbeitern gekommen. Eine große Zahl von Bombenattentaten hat stattgefunden. Der Ausstand nimmt allmählich eine stark politische Färbung an. Primo de Rivera hat bei den ersten Lohnbewegungen den Bergarbeitern gegen die Grubenbesitzer gezeilt. Seit hat er aber die Beschwerden der Grubenbesitzer anerkannt und die Arbeitslöhne gesenkt. Aber die Beschränkung wäre nicht so gefällig, wenn nicht die politische Situation sich so heftig auf das Streikgebiet ausgewirkt hätte. Alle Reisenden aus Spanien berichten, daß die Lage äußerst gespannt ist.

### Der Kampf ums Majorat.

Ein Kulturroman von Fritz Sternberg.

(Kochbuch verboten.)

„Als nichts half, führte Viktor, wie er es sich vorgenommen hatte, seine rechte Seite ins Treffen und wies den Brief seines Schwiegervaters vor.“

Der vorstehende Gedanke las den Namen und reichte den Brief dann schweigend zurück.

„Nun?“ fragte Viktor.

„Herr von Poranski, ich tut mir leid — aber die Verurteilung auf den Namen Ihres zünftigen Schwiegervaters kann mich in meiner abtödtenden Haltung nur bestärken. Ich vermute Ihnen vielleicht ein Geschäftsgeschäft, aber es muß in dem Fall gefahrt werden, daß Graf Diharowski ein sehr fehr verdienstvoller Großgrundbesitzer ist. Er mußte es sich gefallen lassen, daß ihm ein Vertrauensmann seiner Gläubiger als Verwalter auf sein Gut gesetzt wurde, der über die Einkünfte und Ausgaben des Herrn Grafen den Gläubigern Rechenschaft ablegt.“

„Können Sie kein Verstum vor?“ fragte Herr von Poranski übertraffen. „Ich habe mich noch persönlich davon überzeugt, daß Graf Diharowski in glänzenden Verhältnissen lebt.“

„Der Schein trägt leider sehr oft,“ meinte der Geschäftsmann trocken.

Als Viktor wieder die Straße betrat, war er wie bestäubt. Sollte sich denn alles gegen ihn verschworen? Daß er die Summe, die er brauchte, jetzt nicht erhielt, davon überzeugt, daß Graf Diharowski ein zünftiger Schwiegervater eine verheißene Spekulation war, konnte er nicht verhindern.

Die holze Komitsee Fomora hatte ihm gut gefallen, mehr aber noch das in Aussicht stehende reiche Erbe. Der Graf hatte mit seiner Tochter auf der Reise ein glänzendes Leben geführt. Aber nicht bloß auf der Reise! Vor kurzem hatte Viktor den Grafen auf seinem Gute in Murano besucht und dort einige Tage verbracht. Er hatte den Eindruck gewonnen, daß die gräfliche Familie sehr reich sein

### Verhandlungen über Streikabbruch.

Die Lage im mitteldeutschen Streikgebiet. Die Zahl der Streikenden im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat wieder zugenommen. Nach Angaben der Streikleitung seien von 70 000 Bergarbeitern 63 000 Mann im Ausstand. Mit schwerer Sorge sieht man in Wirtschaftskreisen der Gegend entgegen, die durch eine längere Dauer des Streiks für unsere neu geschaffenen Wirtschaft in Schanden entstehen würde. Es ist dort in der letzten Zeit durch eine sorgfältige Arbeitsorganisation gelungen, die englische Kohle zu verdrängen. Eine Unterbrechung der Belieferung würde den Engländern das Feld wieder frei machen.

Nach Angabe des Deutschen Braunkohlenindustrievereins ist es in allen Revieren zu Streikerröten gekommen, in vielen Fällen sind sogar tödliche Angriffe der Streikenden auf Arbeitswilige vorgekommen. In Obers-



Streikposten im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

dorf bei Jitau wurden z. B. zwei Bergleute von dem Wert „Giltant“, als sie sich zur Arbeitstätte bewegen wollten, von Streikenden aus dem Hinterhalt überfallen und schwer mißhandelt. Sie mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Regierung in Weisberg gibt demgegenüber bekannt, daß größere Terrorakte dort nicht zur Kenntnis gelangt seien.

Große Wichtigkeit nicht man den für Donnerstag abendenden Verhandlungen im Reichsministerium in Berlin, die bei denen der Reichsarbeitsminister verhandelt wird, ein baldiges Ende des Streiks herbeizuführen. Ein baldiges Streikende ist nur zu wünschen, denn schon jetzt machen sich — nach erst verhältnismäßig kurzer Dauer — schwere Folgen im Wirtschaftsleben bemerkbar. So hat die Deutscher Juteindustrie, eines der größten Unternehmen Mitteldeutschlands, infolge Kohlenmangels den Betrieb einstellen müssen. Über 2000 Arbeiter sind infolgedessen zum Sterben gezwungen. Auch verschiedene andere Fabriken haben ihren Betrieb schon fast einschränken müssen.

### Bergarbeiterstreik in Nordcolorado.

In den Braunkohlenbergwerken von Nordcolorado ruht die Arbeit, da mehrere tausend Arbeiter einen Streik auf der „Industrial Workers of the World“ Folge geleistet haben. Dieser Verband erstreckt einen Tageslohn von 2/3 Dollar für jeden Arbeiter. 13 Personen, angeblich Mitglieder dieses Verbandes, wurden wegen gefährlicher Auffassung von Streikposten verhaftet.

### Die Hindenburg-Spende.

Sammlungsschluß am 31. Oktober.

Um dem Reichspräsidenten die Übersicht über die ihm gewidmete Hindenburg-Spende und damit die Vollständigkeit zu geben, daß über ihre Verwendung sich schließlich zu machen, müssen die Sammlungen für die Spende zum 31. Oktober 1927 endgültig abgeschlossen werden. Die Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende richtet deshalb an

alle in Frage kommenden Körperschaften die Bitte, bis spätestens Anfang November die noch bei ihnen liegenden oder bis zu dem Stichtage noch eingehenden Gelder zu übermitteln an die Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende: Berlin NW 40, Schornborffstr. 35, auf ihr Postfachkonto: Berlin Nr. 73 800, auf ihr Reichsbank Girokonto oder an die zuständigen Landesgeschäftsstellen. Gleichzeitig wird gebeten, zu dem angegebenen Termin auch die noch umlaufenden Sammelleisten einzuziehen und zurückzugeben.

Das Abschlußergebnis der Hindenburg-Spende wird der Öffentlichkeit etwa am 15. November vorgelegt werden. Wegen der eigenartigen Organisation der Hindenburg-Spende und wegen ihrer Dezentralisation sind vorher auch nur annähernd richtige Gesamtangaben nicht festzustellen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß bei der getrennten Sachlage Anträge auf Unterstellungen aus der Spende verfräht und zwecklos sind, zumal der Reichspräsident 1500 aerschwerte Fälle bereits mit 300 000 Mark bezahlt hat.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages lehnte alle Anträge auf Hinaufhebung der Altersgrenze der Strafbarkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr oder auf Einschränkung einer besonderen Altersstufe der Strafbarkeitsvorschriften zwischen 18 und 20 Jahren ab. Die erste Sitzung des Strafrechtsausschusses fällt also die Festlegung der Altersgrenzen vorläufig für das neue Strafgesetzbuch bestehen.

Maßnahmen in Sachsen gegen Preissteigerungen. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat in die maßgebenden amtlichen und freien Berufsvereinigungen eine Verordnung erlassen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß die bevorstehende Verbesserung der Beamtensoldaten keine berechtigten Grund zu Preissteigerungen bietet, denn sie erfolge im Reich und in den Ländern ohne neue Belastung der Wirtschaft aus den Erträgen der bestehenden Steuern. Das Wirtschaftsministerium empfiehlt deshalb den beruflichen Vereinigungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes dringend, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß unbegründete Preissteigerungen unterbleiben.

Keine Gefährdung der deutschen Währung. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held trat bei der Beratung des Handelsrats im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages aufs entschiedenste dem Gerüchten über eine Gefährdung der deutschen Währung entgegen. Die Art, wie diese Frage heute vielfach draußen in der Welt behandelt werde, grenze an Verleumdung und Provokation. Es sei ein Verbrechen am Vaterlande, dem entgegenzutreten werden müsse. Mit Betonung stellte der Ministerpräsident fest, daß die deutsche Währung absolut außer jeder Gefahr sei.

Umsatzsteuer mit sämtlichen Steuern erhebt. Die Oberbürgerliche Landtag behandelte die Frage der Gehaltsvorauszahlungen für die Landesbeamten und die sich daraus ergebende Frage der Deduktion der entstehenden Mehrtragungen, die 571 000 Mark betragen. Die Regierung hat zur Deduktion dieser Mehrtragungen eine Vorlage eingebracht, alle Kontenstellen, die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie die Steuern von bebauten Grundstücken um 11 Prozent zu erhöhen. Der Landtag setzte sich nach der öffentlichen Sitzung in seiner Gesamtheit als Ausschuss ein, um die Regierungsvorlage zu beraten.

Italien. X Zwangsversicherung gegen Tuberkulose. Der Ministerrat Italiens beschloß, die obligatorische Versicherung gegen die Tuberkulose einzuführen. Es wird beabsichtigt, etwa 20 Millionen Personen zu versichern unter Beteiligung von 18 000 Wäskern in Sanatorien und 2000 Klagen in Erholungsheimen. Im Tuberkulose erkrankte Familienmitglieder sollen für die Dauer ihres Aufenthaltes in Sanatorien eine Unterfamilia erhalten. Die hierfür

seine Person plane, und er hatte sie sehr beabsichtigt, ob sie nicht etwa eine Schwachwasse bei sich führe. Als sie nun aber mit einer Drohung kam, von deren Ungefährlichkeit er überzeugt zu sein glaubte, amete er erleichtert auf.

Er wollte ihr von vornherein zeigen, daß er die Sache nicht ernst nahm, und schlug deshalb einen überflüssigen Ton an.

„Wie soll ich mich denn als glücklicher Bräutigam fühlen, ohne auf dem Boden vorbereitet zu sein?“ sagte er. „Das Glück muß doch mit Verstand genossen werden.“

Annunziata unterbrach ihn heftig.

„Wollen Sie mich nicht lieber ruhig anhören? Ich komme jedoch von dem Notar Kolodowski, mit dem ich ein interessantes Gespräch hatte.“

„Ich habe für meine Privatgespräche mit Herrn Kolodowski kein Interesse,“ sagte Herr von Poranski, noch immer bemüht, seine innere Unruhe zu verbergen. Dann schlug er sich gegen die Stirn. „Ich verheiß, das Gespräch darf nicht meine Erbschaft?“

„Das nicht, Herr von Poranski,“ sagte sie fehr ruhig. „Ich habe dem Notar nur das Schreiben vorgelegt, das Sie mir als angeleglichen letzten Brief Ihres Onkels zugeschickt haben. Er hat das Dokument für echt befunden, ich habe ihn aber eines Besseren belehrt. Der Brief ist genau so echt wie alle anderen, die Ihr Helfershelfer auf Ihren Wunsch angefertigt hat. Hier sind die Duplikate.“

„Sie schlenderte ihm mit verständlicher Bewegung ein Bündel Briefe zu. Es waren die Abschriften, die ihr Saleffi übergeben hatte.“

Viktor war bleich geworden, seine Sicherheit begann ihn zu verlassen. Wie kam Annunziata in den Besitz dieser Abschriften? Das konnte doch nur durch einen Verrat geschehen sein. Kein anderer als Saleffi, den er in gutem Glauben als seinen Sekretär angestellt hatte, konnte Annunziata über den wahren Wert dieser geschätzten Papiere gen aufgefährt haben.

### Dollische Rundschau.

Deutsches Reich.

#### Altersgrenze der Strafbarkeit.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages lehnte alle Anträge auf Hinaufhebung der Altersgrenze der Strafbarkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr oder auf Einschränkung einer besonderen Altersstufe der Strafbarkeitsvorschriften zwischen 18 und 20 Jahren ab. Die erste Sitzung des Strafrechtsausschusses fällt also die Festlegung der Altersgrenzen vorläufig für das neue Strafgesetzbuch bestehen.

#### Maßnahmen in Sachsen gegen Preissteigerungen.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat in die maßgebenden amtlichen und freien Berufsvereinigungen eine Verordnung erlassen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß die bevorstehende Verbesserung der Beamtensoldaten keine berechtigten Grund zu Preissteigerungen bietet, denn sie erfolge im Reich und in den Ländern ohne neue Belastung der Wirtschaft aus den Erträgen der bestehenden Steuern. Das Wirtschaftsministerium empfiehlt deshalb den beruflichen Vereinigungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes dringend, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß unbegründete Preissteigerungen unterbleiben.

#### Keine Gefährdung der deutschen Währung.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held trat bei der Beratung des Handelsrats im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages aufs entschiedenste dem Gerüchten über eine Gefährdung der deutschen Währung entgegen. Die Art, wie diese Frage heute vielfach draußen in der Welt behandelt werde, grenze an Verleumdung und Provokation. Es sei ein Verbrechen am Vaterlande, dem entgegenzutreten werden müsse. Mit Betonung stellte der Ministerpräsident fest, daß die deutsche Währung absolut außer jeder Gefahr sei.

#### Umsatzsteuer mit sämtlichen Steuern erhebt.

Die Oberbürgerliche Landtag behandelte die Frage der Gehaltsvorauszahlungen für die Landesbeamten und die sich daraus ergebende Frage der Deduktion der entstehenden Mehrtragungen, die 571 000 Mark betragen. Die Regierung hat zur Deduktion dieser Mehrtragungen eine Vorlage eingebracht, alle Kontenstellen, die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie die Steuern von bebauten Grundstücken um 11 Prozent zu erhöhen. Der Landtag setzte sich nach der öffentlichen Sitzung in seiner Gesamtheit als Ausschuss ein, um die Regierungsvorlage zu beraten.

#### Italien.

X Zwangsversicherung gegen Tuberkulose. Der Ministerrat Italiens beschloß, die obligatorische Versicherung gegen die Tuberkulose einzuführen. Es wird beabsichtigt, etwa 20 Millionen Personen zu versichern unter Beteiligung von 18 000 Wäskern in Sanatorien und 2000 Klagen in Erholungsheimen. Im Tuberkulose erkrankte Familienmitglieder sollen für die Dauer ihres Aufenthaltes in Sanatorien eine Unterfamilia erhalten. Die hierfür

seine Person plane, und er hatte sie sehr beabsichtigt, ob sie nicht etwa eine Schwachwasse bei sich führe. Als sie nun aber mit einer Drohung kam, von deren Ungefährlichkeit er überzeugt zu sein glaubte, amete er erleichtert auf.

Er wollte ihr von vornherein zeigen, daß er die Sache nicht ernst nahm, und schlug deshalb einen überflüssigen Ton an.

„Wie soll ich mich denn als glücklicher Bräutigam fühlen, ohne auf dem Boden vorbereitet zu sein?“ sagte er. „Das Glück muß doch mit Verstand genossen werden.“

Annunziata unterbrach ihn heftig.

„Wollen Sie mich nicht lieber ruhig anhören? Ich komme jedoch von dem Notar Kolodowski, mit dem ich ein interessantes Gespräch hatte.“

„Ich habe für meine Privatgespräche mit Herrn Kolodowski kein Interesse,“ sagte Herr von Poranski, noch immer bemüht, seine innere Unruhe zu verbergen. Dann schlug er sich gegen die Stirn. „Ich verheiß, das Gespräch darf nicht meine Erbschaft?“

„Das nicht, Herr von Poranski,“ sagte sie fehr ruhig. „Ich habe dem Notar nur das Schreiben vorgelegt, das Sie mir als angeleglichen letzten Brief Ihres Onkels zugeschickt haben. Er hat das Dokument für echt befunden, ich habe ihn aber eines Besseren belehrt. Der Brief ist genau so echt wie alle anderen, die Ihr Helfershelfer auf Ihren Wunsch angefertigt hat. Hier sind die Duplikate.“

„Sie schlenderte ihm mit verständlicher Bewegung ein Bündel Briefe zu. Es waren die Abschriften, die ihr Saleffi übergeben hatte.“

Viktor war bleich geworden, seine Sicherheit begann ihn zu verlassen. Wie kam Annunziata in den Besitz dieser Abschriften? Das konnte doch nur durch einen Verrat geschehen sein. Kein anderer als Saleffi, den er in gutem Glauben als seinen Sekretär angestellt hatte, konnte Annunziata über den wahren Wert dieser geschätzten Papiere gen aufgefährt haben.

(Fortsetzung folgt.)



erforderlichen Gelder sollen durch eine Abgabe der Arbeit-  
nehmer und Arbeiterinnen, die alle vierzehn Tage von  
beiden Seiten in gleicher Höhe erhoben werden soll, auf-  
gebracht werden.

### Aus In- und Ausland.

**Bresden.** Der sächsische Landesbischof Dr. D. H. M. L. S. ist  
einstimmig zum Senator der Deutschen Akademie gewählt  
worden.

**Wien.** Das schweizerische Finanzdepartement hat den für  
die Karloffeier in Luzern vor einiger Zeit erlassenen Zinsen-  
satz von 1,50 Franken für den Doppelzettel wieder aufgehoben,  
so daß jetzt nur der normale Einheitszoll von 2 Franken pro  
Doppelzettel in Kraft ist.

**Oslo.** Das wahrheitliche Ergebnis der Störungsarbeiten  
ist: Konterbaide und Liberale 33 Stimm (Verlust 21 Stimm),  
Zentrumspartei 25 Stimm (Gewinn 3 Stimm), Radikale 32 Stimm  
(Verlust 2), Arbeiterdemokraten 1 Stimm (Verlust 1), Arbeiter-  
partei 56 Stimm (Gewinn 24), Kommunisten 3 Stimm (Verlust 3).

**Konstantinopel.** Das Subparlamentarische Parlament genehmigte mit  
60 gegen 46 Stimmen die Einbringung einer Vorlage, die das  
parlamentarische System auf ein Jahr ausdehnt.

**Paris.** Präsident Cougibe empfing General Guey-  
non, der in einer Audienz und erlaubte sich eingehend über den Verlauf  
General Guey non hatte vorher den Kriegsminister Dorez auf-  
gefordert, nach Venedig bei Vitor und Sclava wieder General  
Sclava seine Arbeit über den amerikanischen Kontinent anzu-  
stellen.

**Berlin.** Mittwoch trat eine Konferenz von Vertretern des  
Reiches und der Länder zusammen, in der unter dem Vorsitz  
des Reichsfinanzministers die Frage der Umgestaltung der Ver-  
waltungsstelle für die Eisenbahnen, insbesondere, ob  
sowohl es sich um die Frage der Übernahme von Auslandsanstalten  
für Länder und Kommunen handelt, beraten wird.

**Berlin.** Wie an zugehöriger Stelle erklärt wird, entstehen  
die Gerichte über neue Aufgaben und die auf Grund einer  
Rechtsanwaltskorrektur jeder Grundlage.

**Oppeln.** Das Schiffsministerium der Regierung in Oppeln  
erkennt gegen einen Lehrer aus dem Kreise Kottbusch die  
Strafe auf Entlassung aus dem Dienst, weil er am Verfassungst-  
ag 1920 in einer Gastwirtschaft in Oppeln eine schwere  
Verhöhnung der republikanischen Farben betriebe hat.

### Berliner Produktentörze.

Getreide und Olsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.		19. 10. 18. 10.	
Weizen, märk.	246-249	245-251	19. 10. 18. 10.
„pommerh.	246-249	245-251	19. 10. 18. 10.
Korn, märk.	244-246	243-245	19. 10. 18. 10.
„pommerh.	244-246	243-245	19. 10. 18. 10.
weizenbr.	220-267	220-267	19. 10. 18. 10.
Brandergerle	202-215	201-214	19. 10. 18. 10.
Seler, märk.	202-215	201-214	19. 10. 18. 10.
„pommerh.	202-215	201-214	19. 10. 18. 10.
weizenbr.	202-215	201-214	19. 10. 18. 10.
Weizenmehl p. 100 kg fr.	19. 10. 18. 10.	19. 10. 18. 10.	19. 10. 18. 10.
Bl. Nr. 1. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„2. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„3. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„4. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„5. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„6. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„7. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„8. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„9. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.
„10. unfr.	31,7-35,0	30,2-32,0	19. 10. 18. 10.

\* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 1429, darunter  
Schafe 443, Wullen 391, Kühe und Kälber 595, Kälber 2209,  
Schweine 2830, Schafwolle 18 886, zum Schlachtvieh direkt seit letztem  
Eckmarkt 2575 Tiere. Auslandschweine 1645. Marktbericht:  
Bei Rindern und Schafen ruhig, gute Stallware gefordert. Bei  
Schweinen ziemlich stark, bei Schweinen lebend. Preise:  
Rindern a) vollst. ausgewachsene höchste Schlachtwerte,  
jüngere 57-59, b) sonstige vollst. ausgewachsene 52-54, c) 42-43,  
d) 47-49, e) geringe genährte 35-44; Wullen a) 57-58,  
b) 53-55, c) 48-51, d) 43-46; Kühe a) 45-48, b) 35-40,  
c) 27-32, d) 21-22; Kälber a) 55-56, b) 50-52, c) 42-46,  
d) 38-46; Kälber a) 85-95, c) 70-80, d) 32-43;  
Schweine a) 60-65, b) 50-58, c) 36-45, d) 25-35; Schafwolle  
a) 68-70, b) 67-69, c) 63-67, d) 60-62; Wullen 56-59.

### lokales und Provinziales.

\* **Rinoschau.** „Ein rheinisches Mädchen beim rheinischen  
Wein, das muß ja der Himmel auf Erden sein“, so heißt  
es im Liede, und wir verstehen die Begeisterung des  
Dichters, wenn wir den schönsten aller Rheinfilme an unseren

Augen vorbeiziehen lassen. Der alte Vater Rhein, das  
alte schöne Rheintal sind zwei Begriffe, die mit dem  
deutschen Weien untrennbar verbunden sind. Zum ersten  
Male werden sie hier zu einer „Rheinischen Legende“ zu-  
sammengesetzt und wird wirklich Mühe, der ganze Rhein  
in seiner Schönheit und in seiner Arbeit bildhaft gezeigt.  
Umrahmt von mächtigsten fönigen Ausnahmen aus der  
Gegend von Altmannshausen, krönt die flotte Handlung  
und temperamentvolle Darstellung ein fast sprachwörtlich ge-  
wordener rheinischer Humor. Das Filmwerk, das mit Recht  
als eines der Besten aus der diesjährigen Herbstproduktion An-  
sich erheben kann, läuft am Freitag und Sonntag im  
hiesigen Lichtspielhaus. — Siehe auch heutige Anzeige.

**Wittenberg, 17. Oktober.** Auf der Elbbrücke ver-  
unglücklich gestern nachmittag gegen 5 Uhr die ca. 50 Jahre  
alte Bädermeister-Ehefrau Ida Vohmann-Globby dadurch  
schwer, daß sie von einem Motorradfahrer angefahren wurde.  
Frau L. kam mit ihrer ca. 14 Jahre alten Tochter von einem  
Besuch ihrer kranken Tochter aus dem Paul-Gerhardt-Spital  
und fuhr auf einem Fahrrad wieder nach Hause. Wie durch  
Zugenauslassung festgestellt wurde, ist Frau L. auf der  
falschen Seite gefahren und hat auf die Hupensignale des  
Motorradfahrers nicht gehört. Erst als dieser Frau L. über-  
holen wollte, verurteilte die Kaderlin plötzlich die andere  
Straßenhälfte zu erreichen, sie wurde von dem Motorradfahrer  
dadurch angefahren, stürzte und zog sich dabei einen schweren  
Schädelverwundung zu. Die städtische Feuerweh brachte die Schwere-  
verletzte mit dem Krankenwagen ins Paul-Gerhardt-Spital.

**Fischerwunde.** Sehr häufig kommt es vor, daß  
wichtige Jengen ohne Entschuldigung einer Verhandlung  
fernbleiben. Die Folge ist dann die Verlegung des Pro-  
zesses, die oftmals für denjenigen, dem die Kosten des  
Verfahrens auferlegt werden, ein recht kostspieliges Ver-  
gnügen ist. Auch am Donnerstag lag in einer größeren  
Strechfläche der wichtigste Zeuge, Er hatte dem Gericht  
seine Entschuldigung für sein Ausbleiben gegeben lassen,  
und deshalb wurde er nach vergeblichen Bitten zu 50 M.  
Geldstrafe verurteilt. Außerdem mußte der Prozeß ver-  
lagert werden, und das Gericht legte ihm auch die Kosten  
des Prozesses auf, soweit sie durch sein unentschuldigtes  
Ausbleiben entstanden waren. Da zu der Verhandlung  
zwei Zeugen und zwei Sachverständige geladen waren,  
dürften die Kosten tiefer geringen sein.

— Wie der „Ainara Anzeiger“ meldet, fand in Dohna  
eine Verammlung der Arbeiterschaft statt, in der Landtags-  
abgeordneter Ahmann-Dresden auch auf die Arbeit der  
Schadensersatzkommission eingieng. In der folgenden  
Ansprache wurden schwere Bemerkungen gegen die Stadt-  
verwaltung erhoben. U. a. wurde behauptet, die Verord-  
nung des Rathshauses, die Beschaffung neuer Garbinnen des  
Rathshauses sei mit Mitteln, die für die Hochwasser-  
geschädigten bestimmt waren, betritten worden. In einer  
Entschädigung, die dem Staatskommissar für Hochwasser-  
schäden, Ministerpräsident Seibt, überreicht werden soll, heißt es: Die

heute tagende Verammlung der Dohnaer Mittelständler stellt  
mit Enttäufung fest, daß die Kommission für Hochwasser-  
schäden der Stadt Dohna Gelder aus dem Fonds für Hoch-  
wasserbeschädigten zu zweien verwendet, die mit der Beschaffung  
der Hochwasserbeschädigten nichts zu tun haben. Es wurde in  
den letzten Tagen z. B. der Rathausausstattungsjaal neu gemalt  
und für acht Fenster Gardinen gekauft, und zwar aus  
Mitteln des Hochwasserfonds. Die erheben dagegen  
schärfsten Protest und verlangen, daß zuerst die Schäden  
der Anlieger an der Müllgäßt reiflos beseitigt bzw. wieder  
gutgemacht werden, ehe man daran denken kann, Gelder  
für Repräsentationszwecke zu verwenden.

**Naundorf (Kr. Liebenwerda).** Durch Hochspannung  
zwei Tote und ein Schwerverletzter. Bei Gleisarbeiten  
im Braumbetrieb der Grube Ramerd wurden zwei jung-  
verheiratete Arbeiter durch einen Schlag der elektrischen Hoch-  
spannungslinie getötet, während ein weiterer schwerer Brand-  
wunden davonragte.

**Kirchhain, 13. Oktober.** In vorbildlicher Weise  
hat unsere Gemeinde unter dem Einfluß des Halbmeisters  
Cord Cordes hierseits, des Vorsitzenden des Provinzial-  
landbundes, die Vergnügungssucht unserer Zeit bekämpft.  
Alle Vereine einigten sich in der Weise, daß jährlich nur  
sechs Vergnügungen abgehalten werden. Während früher  
die Vereine getrennt ihre Festlichkeiten abhielten, feiern sie  
jetzt die öffentlichen Veranstaltungen gemeinsam, um die Zeit  
der jedes jährlichen Feste nicht zu überdehnen. Dadurch  
ist erreicht worden, daß alle Feste den Charakter wahrer  
Volkstische tragen. Auch öffentliche Veranstaltungen der  
Wirt gibt es über den Gesamtverband von sechs Vergnü-  
gungen hinaus nicht; denn die Behörde gibt schon gar  
keine Genehmigung.

**Jeber-Vergrieden, 15. Oktober.** Das weibliche Be-  
dürfnis, alle Freuden und Schöneren dem mitführenden  
Nächsten möglichst reiflos mitzuteilen, hat wiederum ein Opfer  
gefordert. In einer geschlossenen Eisenbahnstation in der  
Nähe von Jeber-Vergrieden hielt eine Bauernfrau mit ihrer  
Tochter, als ein alter Bekannter, der jetzt in Serno wohnt,  
des Weges kam. Um sich ganz dem Genusse des Gedanken-  
austausches hinzugeben, hand die Frau, ohne weiter zu über-  
legen, ihr Mähdler an die niedergelassene Schranke. Beide  
waren barmherzig von ihrem Thema gefangen genommen, daß  
das Vorderbein des Juges und das Hinterbein der  
Schranke spurlos an ihnen vorüberging. Erst als die Frau  
mit erleichtertem Herzen ihren Weg fortsetzen wollte, vermehrte  
sie ihre vierbeinige Gefährtin und spähte nach ihr nach allen  
Richtungen aus, bis sie das arme Vieh hoch oben in der  
Luft an der aufstehenden Schranke hängen sah. Schreiend  
ließ sie 300 Meter weiter zum Säusenden des Bahnwärters,  
der die entsetzte Frau heran mit zu bedienen hatte. Dieser  
ließ die Schranke flugs herabfallen. Weder war nichts mehr  
zu retten. Die arme Jüger war ein Opfer der Gefährlich-  
keit geworden. Sie hatte ihren Geist ausgehaucht, und der  
Mischquell war verfestigt.

**Rassenvergiftung durch Autotoren.**  
Sagen i. B. Bei der Feier einer Silbernen Hochzeit er-  
krankten 22 Zeitgenossen nach dem Genuß von Autotoren. Die  
Veranlassungserforschung waren in einem, das die Erkrankten  
in verschiedene Krankenhäuser übergeführt werden mußten.  
Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

### Kirchliche Nachrichten.

Kathol. Kirche: Donnerstag abend 7 Uhr: Rosenkranzbach.  
Landeskirchliche Gemeindefest.  
Morgen, Freitag, abends 8 Uhr: Vortrag des Evangelisten  
Nikolai im Gemeindefestsaal.

### Markt-Kalender.

22. Oktober: Rind- und Schweinem. in Schweinitz.

**Kornfrank**  
100 Tassen aus  
1/2 Pfund  
für 30 Pfg.  
gesund  
wie das  
tägliche Brot!

### Der Kampf ums Majorat.

Ein Kulturreoman von Fritz Glorion.

(Nachdruck verboten.)  
Nach der Ansicht, die Viktor über seinen zukünftigen  
Schwiegervater erhalten hatte, war seine Leidenschaft für  
die Komtesse Fedora erheblich abgekühlt. Er brachte also  
nicht einmal ein großes Spier, wenn er von dieser Ver-  
lobung zurücktrat. Er änderte deshalb seine Laune.  
„Du bist erkrankt, mein Lieb“, sagte er. „Ich will zu-  
geben, daß du dazu allen Grund hast. Aber laß uns  
alles, was irrend zwischen uns lag, als einen bösen  
Traum betrachten. Ich will nicht leugnen, daß ich mit dem  
Gedanken geplagt habe, eine handesgemahe Ehe einzu-  
gehen. Nun aber, wo ich dir wieder gegenüberstehe, weiß  
ich, daß ich es doch nicht übers Herz bringen kann.“  
Er suchte ihre Hand, um sie mit seinen Klauen zu be-  
decken, aber Anniuska entzog sie ihm.  
„Ich kann deinen Beteuerungen keinen Glauben schen-  
ken“, sagte sie zurückhaltend. „Du wirst mir erst einen  
Beweis von der Unvergänglichkeit deiner Liebe geben  
müssen. Der Notar verlangt den Brief des Onkels Bra-  
tislaw. Ich weiß, daß du ihn noch nicht vertriebt hast.“  
Der Notiz wird dir erleichtert. Von Fedor soll über-  
haupt nicht die Rede sein, du kannst sagen, daß du den  
Brief erst jetzt in einem Geheimfach des Schreibtisches ge-  
funden hättest. Das denn dem Vater Stanislaw als recht-  
mässiger Erbe auf Chmilowo eintrifft, wird sich nicht ver-  
hindern lassen. Aber er will dir, wie mir der Notar sagte,  
Bunkis auftreten und dir auch sonst in jeder Weise ent-  
gegenkommen, um in Frieden mit dir zu leben.“  
Viktor war auf den Stuhl gesunken und hatte das  
Gesicht mit beiden Händen bedeckt. Sein Gehirn arbeitete  
fielershaft, um den richtigen Ausweg zu finden. An  
sprang er auf und lachte groll auf.  
„Was müsst du mir zu? Ich soll unter dem Ge-  
schlechte des polnischen Adels ganz von Chmilowo ver-  
schwinden und den reichen Besitz in andere Hände legen?“

„Viktor“, sagte Anniuska, sei vernünftig. Ich bin  
war die einzige Zeugin, die den Brief des Onkels Bra-  
tislaw gesehen hat. Aber ich hätte trotz meiner Empörung  
gegen dich geschwiegen. Aber es hat dich durch deine  
Falschung so verächtlich gemacht, daß dir auch dann der  
Prozeß gemacht werden wird, wenn der Brief des Onkels  
Bratislaw bereits vernichtet wäre. Du wirst dich also  
an den Gedanken gewöhnen müssen, auf Chmilowo zu  
verzicht. Aber vor der Welt wirst man dich eine glänzende  
Rolle als Ehrenmann spielen lassen, der die Wahrheit über  
alles sagt.“  
Ein bitteres Lächeln umspielte bei diesen Worten ihre  
Lippen. Es zeigte ihm mehr als alles andere.  
„Und du hast dir deine Note selbst zugeleitet“, stieß  
er hervor. „Eine verlassene Braut, die sich den Treulosen  
mit Gewalt zurückholt.“  
„Viktor! Ich warne dich vor diesem Ton!“  
„Weshalb? Ist es nicht besser, daß wir uns vorher  
gründlich aussprechen? Zunächst muß ein Punkt aufge-  
klärt werden: Wo sind die Bestände betreffenden Papiere  
aus dem Selbstbrand meines Onkels geblieben?“  
„Die habe ich an mich genommen, damit sie nicht dir  
in die Hände fallen“, sagte Anniuska.  
„So bekümmere dich also meine Vermittlung! Doch  
ich will dir keinen Vorwurf machen, im Gegenseit, ich  
sehe mich, daß du dir hin gebunden hast. Diese Papiere  
muß ich haben. Das ist die einzige Abingung, unter der  
unsere Unterredung Aussicht auf Erfolg hat. Du brauchst  
mir die Papiere, wenn du willst, erst am Tage unserer  
Hochzeit zu geben.“  
Viktor, bedenkend, was du verlangst. Ich meine keine  
Absichten. Du willst Herrn Sebnitski die Möglichkeit neh-  
men, seine Ansprüche auf das Majorat geltend zu machen.“  
„Und wenn ich das wollte — dann wäre es doch  
ebenso dein wie mein Interesse.“  
„Du kommst zu spät!“ sagte Anniuska mit klangloser  
Stimme. „Deine Verlobung war eine zu graunhafte Her-  
ausforderung für mich. Die Dokumente habe ich heute  
vernichtet dem Notar übergeben.“

Viktor mußte sich am Stuhle festhalten. Eine furch-  
tbar, finstere Wut, die ihn für einige Augenblicke der  
Sprache beraubte, hatte ihn befallen. Einmal flammte er:  
„Du — du, das konntest du tun? Und da hoffst du  
noch, daß ich dich heiraten werde?“ Er lachte bitter auf.  
„Das würde eine idone Ehe geben! Du hast mich unzureichend  
gerichtet, und nun soll ich dich zum Dant dafür heiraten?“  
Er lachte groll auf und mit einer herrlichen Bewegung  
wies er nach der Tür. „Unsere Unterredung ist zu Ende!“  
Anniuska, die in diesem Augenblick fühlte, daß sie ihr  
Spiel verloren hatte, sah ein, daß jeder Versuch, Viktor  
zu beschwichtigen, fruchtlos war. Sie erhob sich und schritt  
kumm der Tür zu. Beim Ausgange sah sie sich noch einmal  
mit einem Blick, aus dem tiefes Verweh sprach, nach  
ihm um und sagte leise: „Viktor, was ich getan habe, tat  
ich nur aus übergroßer Liebe zu dir.“  
Viktor war an das Fenster getreten und würdigte sie  
keines weiteren Blickes.  
Gebrochen warnte Anniuska die Treppe hinab. Plan-  
los irrte sie durch die Stufen. Wohin sollte sie gehen?  
Sie hatte jetzt kein Heim mehr. Einen Augenblick  
sie daran, sich bei Salest Wat zu holen, wie sie es ver-  
sprochen hatte, aber auch diese Gedanken verwarf sie.  
Sie fühlte es — Salest war eine ihr treu ergebene Seele,  
aber sie war zu stolz, um sich vor ihm zu demütigen.  
Mittelside mußte sich durch ein paar Straßen, und mancher  
aufmerksame Blick der Vorübergehenden freifte das Jung-  
mädchen, auf dessen Gesicht die Verzweiflung so deutlich  
ausgesprochen war.  
Möglich mußte sie sich an ein Haus lehnen. Vor ihren  
Augen wurde es dunkel, sie hörte ein fernes Klirren und  
Knäuschen.  
Im nächsten Augenblick brach sie ohnmächtig zusam-  
men. Vorübergehende hoben sie auf und trugen sie in eine  
Gaststube, wo sich ein paar Frauen um sie bemühten. Ein  
arzt herbeigeholter Arzt ordnete an, daß das misshandelte  
Mädchen in ein Krankenhaus gebracht werden sollte.  
(Fortsetzung folgt.)



Amtlicher Teil.

Betrifft die Wahl der Vertrauensmänner u. Ersatzmänner der Angestelltenversicherung.

Mit Ende ds. Jrs. läuft die Wahlperiode der Vertrauensmänner und Ersatzmänner der Angestelltenversicherung ab. Es haben demzufolge Neuwahlen stattzufinden. Für den hiesigen Kreis, mit Ausnahme der Stadt Torgau, welche für sich wählt, habe ich die Wahl festgesetzt:

- 1. für die Arbeitgeber am Sonntag, den 27. November ds. Jrs. von vormittags 11 bis mittags 12 Uhr und
2. für die Angestellten am Sonntag, den 27. November ds. Jrs. von nachmittags 14 bis nachmittags 16 Uhr.
Gemäß § 17 Absatz 2 der Wahlordnung sind für die Durchführung der Wahl örtliche Wahlbezirke gebildet worden.

Der Stimmbezirk Annaburg besteht aus dem Amtsbezirk Annaburg und Oberförsterei Thiergarten und Annaburg. Wahlleiter ist Herr Gemeindevorsteher Henze und zu seinem Stellvertreter Herr Wendat Bille in Annaburg ernannt worden. Es sind zu wählen 6 Vertrauensmänner und 12 Ersatzmänner. Die Vertrauens- und Ersatzmänner werden je zur Hälfte aus den Verrichteten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der verrichteten Angestellten gewählt. Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche, männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den verrichteten Angestellten oder deren Arbeitgebern gehören und im Besitz des Kreises Torgau, mit Ausnahme der Stadt Torgau, wohnen.

Wahlberechtigt als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlberechtigt sind — auch

- 1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,
2. bei juristischen Personen die Mitglieder des Vorstandes, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Geschäftsführer, bei anderen Handelsgesellschaften die persönlich haftenden Gesellschafter, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind. Sind hiernach für eine juristische Person oder Gesellschaft mehrere wahlberechtigte Personen vorhanden, so darf nur eine von ihnen das Wahlrecht ausüben.
Wahlbar sind nur Verrichtete, die nicht Arbeitgeber sind und Arbeitgeber der verrichteten Angestellten, die im Kreise Torgau, mit Ausnahme der Stadt Torgau, wohnen oder beschäftigt werden oder ihren Betriebsort haben.
Wahlbar als Arbeitgeber sind — wenn sie nicht als Angestellte wahlbar sind — auch

- 1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,
2. die Mitglieder des Vorstandes einer juristischen Person, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die persönlich haftenden Gesellschafter bei anderen Handelsgesellschaften, soweit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind,
3. die bevollmächtigten Betriebsleiter.
Weder wahlberechtigt noch wahlbar ist, wer
1. infolge strafgerichtlicher Beurteilung die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.
Angestellte, die nach § 375 des Angestelltenversicherungs-gesetzes von der Beitragsleistung befreit sind, sind sowohl wahlberechtigt als auch wahlbar.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundrissen der Verfassung ab.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bis frühestens drei Wochen vor dem Wahltag dem unterzeichneten Wahlleiter Vorschlagslisten einzureichen, die von wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden oder Vorkomitees aufzustellen sind. Diesen Vorschlagslisten stehen nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung folgende Vorschlagslisten der Arbeitgeber oder der Verrichteten gleich, die von mindestens fünf Wahlberechtigten unterschrieben sind.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die verrichteten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens so viel Namen enthalten, als Vertrauensmänner und Ersatzmänner zu wählen sind.

Die Vorschlagslisten sind nach Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Eine Trennung der Vorschlagslisten nach Vertrauensmännern und Ersatzmännern ist unzulässig.

Mit der Einreichung der Vorschlagslisten ist von den Wahlberechtigten ein Stimmzettel und ein Stimmvermerk, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlleiter bevollmächtigt sind, zu benennen.

Die Vorschlagsliste nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung soll die Wählervereinigung, von der sie ausgeht, nach unterstehenden Merkmalen kenntlich machen.

Dat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung unterzeichnet, so wird seine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten getilgt.

Die Vorschlagslisten sind unzulässig, wenn sie verfaßt, eingereicht werden oder wenn sie den Vorschriften des § 7 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung nicht entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den anderen Vorschlagslisten gegenüber, als ein einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die Stimmverleiher übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des ersten Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein sollen. Andernfalls ist die Erklärung über die Verbindung unzulässig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den verrichteten Angestellten bis zum 5. November 1927 nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig bezeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Für die bei der Neuwahlberechtigungsanstalt verrichteten Angestellten dient die Versicherungskarte, für die Ersatzlistenmitglieder eine Bescheinigung der Ersatzliste als Ausweis.

In der Versicherungsliste oder der Bescheinigung muß wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten 12 Monate vor der Wahl nachgewiesen sein. Hat ein Ersatzlistenmitglied noch eine gültige Versicherungsliste, so darf ihm die Ersatzliste keine Bescheinigung ausstellen. Die Wahlberechtigung der Arbeitgeber wird durch einen von der Gemeindebehörde (dem Ortsvorsteher) des Betriebes ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen. Die Ersatzlistenmitglieder und die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigungen ausstellen zu lassen.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Vereinfachung herzustellen.

Dem Arbeitgeber ist es gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe einen Stimmzettel in verschlossenem Wahlumschlag dem Wahlleiter unter Verfügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzuenden. Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vorsteher der Wahl des örtlichen Stimmbezirks ausgehändigt. Der Brief muß spätestens am 27. November 1927 bei der unterzeichneten Behörde eingegangen sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind unzulässig.

Wahlberechtigten Verrichteten, die sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zureichenden Gründen außerhalb ihres Wahlbezirks aufhalten, stellt der Wahlleiter auf Antrag gegen Unterlegung der Versicherungsliste oder der Bescheinigung der zuständigen Ersatzliste einen Wahlchein aus. Im übrigen gilt der vorhergehende Absatz entsprechend.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als Hundert verrichtete Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene Hundert verrichtete Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu legen. Entfällt ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind; andernfalls sind sie unzulässig.

Der Wahlberechtigte darf sein Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben.

Es kann nur für unveränderte Vorklassigkeiten gestimmt werden; aus die Reihenfolge der Vorklassigkeiten in der Vorklassliste darf nicht geändert werden.

Torgau, den 5. Oktober 1927.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht mit dem Bemerken, daß als Wahllokal der große Sitzungssaal des Rathauses hieselbst bestimmt ist. Annaburg, den 17. Oktober 1927.

Der Wahlvorsteher. Henze.

Rah und Fern.

o Zusammenstoß zwischen Reichsbanner- und Stahlhelm-Leute. In Wesel fand ein Kreisstreifen des Reichsbanners statt. Als der Reichsbannerzug vor der Schranke der Eisenbahn warten mußte, stieß er mit Stahlhelmlern, die aus der Umgegend Wefels kamen, zusammen. Hierbei wurden zwei Stahlhelmler so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Auch dem Auto der Stahlhelmler sollte geschossen worden sein, doch wurde niemand verletzt.

o Dreifacher Mord eines Bestenstrafen. In dem Städtchen Werbig in der Mark wurden die Witwe Auguste Schleicher, eine Frau Witbe und deren sechs Jahre altes Töchterchen Agnes in dem Hause des Arbeiters Wilhelm Witbe erschossen gefunden. Witbe selbst hatte sich auf dem Boden des Hauses erhängt. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorgeht, hat Witbe seine ganze Familie und sich selbst wegen Geziwistigkeiten getötet.

o Autounfall in Württemberg. Ein mit neun Personen besetztes Auto aus Durlandingen bei Hechingen rief in der Nähe des Kirchweihfestplatzes an der als gefährlich bekannten Steige von Heffersheim nach Hebdam an einen Baum. Als Ursache des Unfalls darf wohl ein Verlangen der Bremse angenommen werden, um so mehr, als der Wagen, der nur für fünf Personen zugelassen ist, mit sechs Erwachsenen und drei Kindern besetzt war. Bei dem Anprall wurden die Insassen mit voller Wucht aus dem Wagen geschleudert. Eine Frau wurde durch den Sturz so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit verstarb. Eine Verwandte der Toten erlitt einen doppelten Schädelbruch.

o Zusammenstoß zweier elektrischer Züge. Bei Ahnsydl in Holland stießen auf der Eisenbahnstrecke Delft-Ahnsydl zwei elektrische Züge, von denen der eine aus der Richtung Haag, der andere aus der Richtung Rotterdam kam, infolge falscher Weichenstellung zusammen. Bei der Dunkelheit entstand unter den Reisenden eine Panik. Sieben Personen, darunter der Führer des einen Zuges, wurden schwer verletzt. Es handelt sich bei dem Unglück um eine erst kürzlich in Betrieb genommene Strecke.

o Auffindung eines treibenden Flugzeuges. Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Kamfess“ hat ein französisches Flugzeug 40,43 Grad nördl. Breite und 12,12 Grad östl. Länge im Meer treibend aufgefunden. Es gelang ihm, die drei Insassen des Flugzeuges zu retten und an Bord zu nehmen. Der Dampfer hat das Flugzeug im Echolop genommen und nimmt es mit nach Neapel.

o Ein grauenerregender Mordfall. Einen einzeln verbleibenden Nachten übte nach einem Strette mit ihrer Nachbarin eine Pariser Frau aus, indem sie dem kleinen Kinde der Nachbarin in deren Abwesenheit ein Stiel Schwamm tief in den Kehlkopf steckte. Als die Nachbarin wieder heimkehrte, fand sie ihr Kind im Todesstadium vor. Mit sicerer Hilfe aus Mund und Nase. Alle Hilfe der Ärzte, die zuerst an eine Vergiftung glaubten, half nichts; nach zwei Tagen verstarb das Kind unter entsetzlichen Qualen. Erst die Obduktion ergab die Todesursache.

o Auch eine „Kanalkammerin“. Fräulein Dr. Logan, die vor einiger Zeit den Kanal in Norfolkzeit für Frauen durchschwommen haben wollte, übergibt der Presse eine Erklärung, in der sie mitteilt, daß sie lediglich eine kurze

Strecke beim Start an der französischen und vor der Landung an der englischen Küste geschwommen sei und im übrigen neun Stunden in dem begleitenden Boot zugebracht habe. Diese Irrführung sei geschehen, um zu beweisen, wie leicht es sei, die erfolgreiche Durchschwimmung des Kanals vorzunehmen. Die Erklärung hat in England großes Aufsehen erregt, zumal die vorerwähnte Schwimmerin keineswegs auf die Entgegennahme der zahlreichen Glückwünsche verzichtet hat. Die ihr übergebenen tausend Pfund, die sie erhalten hatte, weil sie als erste Engländerin die von Miss Eberle aufgestellte Zeit gedrückt hatte, hat sie zurückgegeben.

Dunite Tageschronik.

Bremen. Im Alter von 76 Jahren verstarb an einem Schlaganfall der ehemalige geistliche Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates und Generaloberintendant von Berlin, Dr. Friedrich Zapfen.

Amsterdam. Bei der Station Gassenhof (Brennerbahn) kamen vier Arbeiter beim Aussteigen eines Pfluges den Drahten der Stahlführung zu nahe. Drei der Unglücklichen wurden sofort getötet, der vierte trug schwere Brandwunden davon.

Amsterdam. Professor P. a. N. O. v., ein bekannter flämischer Nationalist und Rechtsgelehrter, der vor dem Kriegsprofessor an der Universität von Gent war und später nach Holland floh, wo er als Advokat arbeitete, ist beim Ausweichen vor einem Auto tödlich verunglückt.

Kongresse und Versammlungen.

k. Kirchengefangstag des Evangelischen Kirchengefangensvereins. Der Evangelische Kirchengefangensverein für Deutschland, der in 21 Landes- und Provinzialvereinen nahezu 2500 geistliche Ehre mit über 100 000 Mitgliedern umfaßt, leitete seit dem 30. Kirchengefangstag am 15. Oktober in Nürnberg ein mit der Eröffnung einer Anstellung für evangelische Kirchennut durch den Generalsekretär G. Böhm, Kirchenpräsident D. Dr. Zeit entbot den doppelten Gruß des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und der bayerischen Landeskirche und rühmte das Einheitsband, das der deutsche Chor mit die deutsche Kirche festhält. Stadtrat Oberbürgermeister, Vertreter der Stadt Nürnberg, untermüht die hohe vorläufige Bedeutung des Choral- und Chorgesanges. Der Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Kirchengefangensvereins, Pastor H. H. H. H., dankte den Rednern und begrüßte noch den vom deutschen Reichspräsidenten entsandenen Feldprediger der deutschen Armee, D. Schlegel, als Gast.

o Versendung zollpflichtiger Gegenstände nach Frankreich. Im Verkehr mit Frankreich können zollpflichtige Gegenstände in Warenprobenentsendungen fortan nur dann versandt werden, wenn die Gegenstände a n u z g e r i n n u n g e r t i g sind und tatsächlich nur zur Veranschaulichung einer Ware dienen sollen, nicht aber zum Verkauf bestimmte Handelswaren enthalten. Warenproben mit zollpflichtigen Gegenständen, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, werden von der französischen Postverwaltung mit der hohen Nachgebühr für unzulänglich freigemachte Briefe belegt. In geschlossenen Briefen sind zollpflichtige Gegenstände aller Art zulässig.

o Waffenspark und Kreditgenossenschaften. Der diesjährige vierte Waffenspark findet am 31. Oktober statt. Der Freie Ausschuss der deutschen Genossenschaftsverbände, dem die vier großen Spitzenverbände, Deutscher Genossenschaftsverband, Generalverband der deutschen Raiffeisen-genossenschaften, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Zentralverband deutscher Konsumvereine, mit mehr als 40 000 Genossenschaften und 8 Millionen Mitgliedern angehören, nimmt in einem Aufruf zum vierten Waffenspark das Wort und fordert auch die Millionen seines genossenschaftlichen Gefolges auf, am 31. Oktober daran zu denken, daß nur Sparämtern die Mittel schafft zu Wohlstand und wirtschaftlicher Freiheit.

Ein Szeneproszess aus dem Jahre 1614 ist der Hauptartikel in dem Oktobernummer der Zeitschrift „Die Dübener Heide“ (Verlag des „Hansischen Buchhandelsverlags“ in Dübener Heide). Es ist in unserer heutigen Zeit kaum glaublich, was hier aus dem Akten des Gerichts zu Schmiedeburg veröffentlicht ist. Eine Frau ist geschuldigt, mit dem Teufel unecht getrieben zu haben, wodurch sie „Elischen“ ehelicht, mit denen sie „einen bösen Feinder gemadert“; durch Verbergen eines Stücks Stahls solle sie einen Mann blind gemacht und Butter und Käse habe zabraun können usw. Die Zeugen bezeugten das alles, und die Frau fuhr durch die Folter — und wie furchtbar die damalige Zeit im Erfinden der grausamsten Qualen — zum Geständnis gebracht werden. Sie muß das Schreckliche und Gemeine über sich ergehen lassen, bis sie zu Tode gelangt ist. Des weitern bringt die „Dübener Heide“ interessante Aufzüge über „Vorgeschiedliche Tunde an der Elbe“, „Das Aufstehen Teufels in unserer Gegenwart“, „Heiderinnerungen“ usw., so daß wir die Zeitschrift gern zum Besuche empfehlen.

Chemnitz. Auf der am 9. d. Mts. zu Ende gegangenen Ergebeigigen Gewerbe-Ausstellung wurde den bekannten Mielewerten Alt.-Ges. in Gitterloch für hervorragende Leistungen die goldene Medaille zugespunden. Die Firma hatte auf der Ausstellung insbesondere ihre elektrischen Waschmaschinen, Wäschselendern und Wäschmangeln ausgestellt.

Ein nützliches Geschenk
von hohem moralischen Wert ist ein Sparkastenbuch! Es bereitet Freuden und erzielt zur Sparankalt. Denken Sie bei jeder Gelegenheit daran!

Girokasse der Gemeindeparkasse Annaburg



